



OTTO VON GUERICKE  
UNIVERSITÄT  
MAGDEBURG

HW

FAKULTÄT FÜR  
HUMANWISSENSCHAFTEN

---

INSTITUT FÜR  
SOZIOLOGIE

Raj Kollmorgen

**Das ungewollte Experiment**  
Die deutsche Vereinigung als „Beitritt“: Gründe,  
Prozesslogik, Langzeitfolgen

Arbeitsbericht Nr. 65

Januar, 2013

ISSN-1615-8229

## Zur Reihe der Arbeitsberichte

Die „Arbeitsberichte“ des Instituts für Soziologie versammeln theoretische und empirische Beiträge, die im Rahmen von Forschungsprojekten und Qualifikationsvorhaben entstanden sind. Präsentiert werden Überlegungen sowohl zu einschlägigen soziologischen Bereichen als auch aus angrenzenden Fachgebieten.

Die Reihe verfolgt drei Absichten: Erstens soll die Möglichkeit der unverzüglichen Vorabveröffentlichung von theoretischen Beiträgen, empirischen Forschungsarbeiten, Reviews und Überblicksarbeiten geschaffen werden, die für eine Publikation in Zeitschriften oder Herausgeberzwecken gedacht sind, dort aber erst mit zeitlicher Verzögerung erscheinen können. Zweitens soll ein Informations- und Diskussionsforum für jene Arbeiten geschaffen werden, die sich für eine Publikation in einer Zeitschrift oder Edition weniger eignen, z. B. Forschungsberichte und -dokumentationen, Thesen- und Diskussionspapiere sowie hochwertige Arbeiten von Studierenden, die in forschungsorientierten Vertiefungen oder im Rahmen von Beobachtungs- und Empiriepraktika entstanden. Drittens soll diese Reihe die Vielfältigkeit der Arbeit am Institut für Soziologie dokumentieren.

**Impressum:**

Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität

*Herausgeber:*

Die Lehrstühle für Soziologie der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität  
Magdeburg

*Anschrift:*

Institut für Soziologie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg  
„Arbeitsberichte des Instituts“  
Postfach 4120  
39016 Magdeburg

Sämtliche Rechte verbleiben bei den Autoren und Autorinnen.

Redaktion: Prof. Dr. Barbara Dippelhofer-Stiem  
Prof. Dr. Heiko Schrader

*Anmerkung:*

Die Publikation ist im Internet abrufbar unter:  
<http://www.isoz.ovgu.de/> → Publikationen → Arbeitsberichte

*Schutzgebühr: 2,50*

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	5
2. Von der „friedlichen Revolution“ zum „Beitritt“: Zur Genese der Vereinigungsstrategie.....	6
3. „Beitritt“ und „Aufbau Ost“: Zur dominierenden Transformations- und Vereinigungslogik.....	10
4. Jenseits des Modelltransfers: Grenzen und Scheitern, Revisionen und Innovationen.....	13
5. Nach 20 Jahren: Erfolge und Misserfolge der Vereinigungslogik.....	15
6. Resümee und Ausblick: Das Experiment kehrt zurück.....	18
Literatur.....	22



## 1. Einleitung\*

Die Herstellung der staatlichen Einheit im Jahr 1990 und der sich anschließende Vereinigungsprozess bedeuten für die deutsche Gesellschaft einen historischen Entwicklungsbruch, mit dem die Nachkriegsperiode endgültig abgeschlossen wurde, und eine epochale sozio-politische Gestaltungsaufgabe. Sie verkörpern darin – wie schon früh von Sozialwissenschaftlern betont wurde – einen „sozialen Großversuch“ (vgl. Giesen/Leggewie 1991).

Tatsächlich handelt es sich bei der deutschen Vereinigung insofern um ein *gesellschaftliches* „Experiment“, als es sich um die weltgeschichtlich erste frei vereinbarte, d.h. nicht durch fremde Mächte oktroyierte oder aus einem Bürgerkrieg resultierende Vereinigung zweier moderner, formell unabhängiger Staaten mit zuvor „antagonistischen“ Gesellschaftssystemen handelte.<sup>1</sup> Es gab daher kein erprobtes Modell für die politische Gestaltung und Steuerung des deutschen Vereinigungsprozesses, an dem sich Eliten, organisierte Akteure und die Bevölkerung hätten orientieren können. Vielmehr war ein experimentelles Vorgehen unabdingbar. Die entscheidenden Akteure waren auf theoretische Modelle, Szenarien und Planspiele angewiesen, mussten Wissen und Programme prozessbegleitend erwerben, tastende Suchbewegungen sowie Trial-and-Error-Verfahren in Kauf nehmen und sich mit dem Problem notwendiger Ergänzungen oder gar substanzieller Revisionen einmal getroffener Entscheidungen auseinandersetzen.

Der folgende Aufsatz nimmt diese *experimentelle Situation*<sup>2</sup> zum Ausgangspunkt einer Skizze und analytischen Problematisierung des deutschen Falls einer staatlichen Vereinigung und seiner mittelfristigen Folgen. Dabei konzentriere ich mich auf die in der experimentellen Situation generierten

---

\* Der Text geht auf einen Vortrag zurück, den ich am 19. Oktober 2012 im Rahmen der vom „Kim Koo Museum & Library“ veranstalteten Konferenz „The Reunification and the Future of the Divided State“ in Seoul (Korea) gehalten habe. Es nimmt Befunde und Argumentationen auf, die ich an anderer Stelle detaillierter präsentiert habe (vgl. insbesondere Kollmorgen 2010, 2011a, b).

<sup>1</sup> Diese Aussage verkennt nicht, dass es in der Geschichte in den letzten 200 Jahren zahlreiche staatliche (Wieder-)Vereinigungen gegeben hat. Allerdings erweisen sich bei näherer Betrachtung all diese Projekte – auch der vielleicht nächstliegende Fall des Beitritts des Saarlandes zur Bundesrepublik 1957 – aus vielen Gründen als zwar mit der deutschen Vereinigung 1990 vergleichbare Prozesse, nicht aber als gleichartig (vgl. etwa die Studien von Cieslik 2001 oder Roesler 1999). Der deutsche Fall ist im Sinne der oben genannten Merkmale weltgeschichtlich singulär.

<sup>2</sup> Offenkundig beschreibt diese Handlungssituation aber nur einen, wenn auch wichtigen Aspekt von Experimenten. Andere Aspekte klassisch definierter Experimentalanordnungen werden in „sozialen Großversuchen“ – aus ontologischen wie ethischen Gründen – niemals realisiert bzw. dürfen aus normativer Perspektive nicht realisiert werden, insbesondere nicht die Eigenschaften der „Kontrolle von Randbedingungen“ sowie die Möglichkeit (theoretisch) „unendlicher Wiederholungen“ des Experiments, um zu empirisch gesicherten Erkenntnissen oder optimalen Problemlösungen zu gelangen. Insofern sind soziale Experimente mit naturwissenschaftlichen nur begrenzt vergleichbar.

Handlungslogiken und Strategieentscheidungen der zentralen politischen Akteure, die staatsrechtlichen und institutionellen Resultate sowie auf die strukturellen und kulturellen Folgen für die ostdeutsche Gesellschaft und den Vereinigungsprozess.<sup>3</sup>

## 2. Von der „friedlichen Revolution“ zum „Beitritt“: Zur Genese der Vereinigungsstrategie

Die „friedliche Revolution“ in der DDR im Herbst 1989 wurde im Wesentlichen durch die anschwellende Flucht tausender DDR-Bürger über die (halb-)geöffnete Grenze zwischen Ungarn und Österreich und Massendemonstrationen gegen das staatssozialistische Herrschaftsregime angestoßen und zugleich forciert. Sie führte binnen weniger Wochen zu einer Ablösung der Führungsspitzen der kommunistischen Partei (SED) und des Staates, zur Etablierung so genannter „Runder Tische“ als neuer demokratischer Verhandlungsarenen zwischen Staat und oppositioneller Bürgerbewegung sowie zu ersten demokratischen Reformschritten (vgl. Kowalczyk 2009; Pfaff 2006).

Bereits im Oktober 1989 und verstärkt nach dem „Fall der Mauer“ am 9. November 1989, d.h. der Öffnung der innerdeutschen Grenze, wurden auf Demonstrationen Forderungen laut, die demokratische Revolution in der DDR mit der deutschen Vereinigung zu verknüpfen. Nur marginale Gruppen des linken politischen Spektrums in den Bürgerbewegungen und Vertreter des alten Regimes verteidigten die Idee einer langfristig eigenständigen DDR (ibid.).

In der sich anschließenden Debatte um Wege und Zeitrahmen der deutschen Vereinigung, die durch die Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers der Bundesrepublik, Helmut Kohl, am 28.11.1989 mit seiner Idee einer raschen Konföderation und mittelfristig möglichen staatlichen Vereinigung angefeuert wurde (Kohl 1989), bildeten sich zwei konträre Positionen heraus.

(1) Reformsozialisten (SED-PDS), linke Bürgerbewegungen (z.B. „Demokratie Jetzt“, „Grüne“, „Unabhängige Linke“) sowie Sozialdemokraten in der DDR wie der alten Bundesrepublik (SPD, Grüne) sprachen sich für eine *gradualistische Strategie* der Vereinigung unter *gleichberechtigten* Partnern, in mehreren Schritten und legitimiert durch eine *Volksabstimmung* nach Artikel 146 des Grundgesetzes (GG) aus. Inhaltlich reichten die Überlegungen von einer weitgehenden Übernahme des westdeutschen Modells mit nur marginalen Änderungen (SPD) bis zu deutlichen Revisionen und dem Versuch einer Kombination beider Gesellschaftsordnungen bzw. der Integration der ostdeutschen Revolutionserfahrungen (vor allem in den Bereichen Eigentumsordnung, soziale Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, Ökologie und Basisdemokratie). Insofern warben diese

---

<sup>3</sup> Damit werden die spezifischen Folgen für die westdeutschen Bundesländer und ihre Bevölkerungen im Wesentlichen ausgespart. Breite Analysen dazu im Ost-West-Vergleich finden sich in: Krause/Ostner 2010; Lorenz 2011.

politischen Gruppen für einen Vereinigungsprozess als (*begrenzt*) *offenes Entwicklungsexperiment* unter Inkaufnahme der Unwägbarkeiten, die mit der sich verschärfenden Krise der DDR gegeben waren.

(2) Diesem Strategieentwurf standen nicht nur die in anhaltenden Massendemonstrationen artikulierten Parolen: „*Keine Experimente mehr!*“<sup>4</sup> und „Deutsche Einheit jetzt!“ entgegen, sondern auch die sich ab Anfang 1990 konturierenden Vorstellungen der konservativen und liberalen Parteien (CDU/CSU, LDP, DSU u.a.), Verbände und Bewegungen in West- und Ostdeutschland. Unter Federführung des Bundeskanzlers und seiner engsten Führungsstäbe und Beratungsgremien in der CDU, im Bundeskanzleramt sowie Innenministerium, dem Wolfgang Schäuble vorstand, wurde unter Absprache mit den ostdeutschen Schwesterparteien (CDU, DSU, Liberale) das Konzept einer Vereinigung nach Artikel 23 GG diskutiert und als Programm durchgesetzt. Vereinigung bedeutet hier, dass die neu zu bildenden ostdeutschen Bundesländer sich zu einem Stichtag umfassend und schlagartig dem Grundgesetz und damit der gesamten rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung der alten Bundesrepublik unterwerfen. Insofern wurde mit dieser Strategie – die zuerst Gerhard Lehbruch als Strategie des „*Institutionentransfers*“ bezeichnete (Lehbruch 1993), nicht eine im engeren Sinne „Vereinigung“ gleichberechtigter Nationalstaatsgesellschaften, sondern ein „Beitritt“ einzelner Länder zu einem bereits existierenden Staat, d.h. eine Inkorporation der DDR in die alte Bundesrepublik vorgeschlagen.

Diese Beitritts-Lösung bedeutet – in der Sprache der Transformationsforschung (vgl. Kollmorgen 2010) – die extremste Form einer institutionellen „*Schock*“- oder „*Big-bang*“-Strategie und repräsentiert zugleich den Versuch, das „Experiment Vereinigung“ erfolgreich zu realisieren, indem sein *Experimentalcharakter minimiert, ja aufgehoben* wird. „*Ein neues Experiment soll nicht stattfinden!*“ war insofern nicht nur eine verbreitete Forderung unter der ostdeutschen Bevölkerung, sondern auch Leitmotiv der regierenden politischen Elite in Westdeutschland.

Mit dem Sieg des konservativen Parteienbündnisses „Allianz für Deutschland“ in der ersten freien Wahl am 18. März 1990 und der Bildung einer großen Koalition mit Beteiligung der liberalen sowie sozialdemokratischen Partei unter Führung des neuen Ministerpräsidenten Lothar de Maizière verfügten die Verfechter der Strategie eines schnellen Beitritts nun auch in Ostdeutschland über die Regierungsmacht und nutzten diese zur raschen Umsetzung.<sup>5</sup> Mit dem Zwischenschritt einer Wirt-

<sup>4</sup> Diese Parole bezog sich auf das von vielen so kolportierte „Experiment des Sozialismus“.

<sup>5</sup> Die SPD in West-, vor allem aber in Ostdeutschland (die bis September 1990 zwei eigenständige Parteien waren), favorisierten zunächst eine gradualistische Strategie, die eine Vereinigung nach Art. 146 GG einschloss. Nach der Verschärfung der Krise in der DDR und vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse beteiligte sich die SPD-Ost an der Regierung und unterstützte dann auch grundsätzlich den Beitrittskurs nach Art. 23 GG. Da sie aber die konkrete Ausgestaltung des Einigungsvertrages nicht länger mittragen konnte – für sie wurden die DDR-Bürger darin benachteiligt –, verließ die ostdeutsche SPD im August 1990 die Regierung.

schafts-, Währungs- und Sozialunion (WWSU, seit 1. Juli 1990) wurde am 3. Oktober 1990 auf der Grundlage eines Einigungsvertrages, der die Rechtsüberleitung, temporäre Übergangsvorschriften und Sonderrechte in den neuen Ländern regelte<sup>6</sup>, der „Beitritt“ der neuen Länder zur Bundesrepublik Deutschland vollzogen. Nach allen damaligen Meinungsumfragen stützte eine deutliche Mehrheit der DDR-Bürger diesen Kurs.

Wie wurde die Strategie des Institutionentransfers von den entscheidenden Akteuren begründet? Welchen Zielen und Handlungslogiken folgte sie?

Unter Nutzung von Selbstauskünften der beteiligten Akteure (etwa Schäuble 1991) sowie Forschungsergebnissen der letzten Jahre (Lehmbruch 1993, 1996; Kollmorgen 2011a; Rödder 2009) lassen sich zunächst vier Gründe markieren, die auch öffentlich vorgetragen wurden:

1. Mit dem raschen Beitritt sollte das *alte Herrschaftsregime der DDR* endgültig zerschlagen und seine Nomenklatura, d.h. die alten kommunistische Regimeelite, vollständig entmachtet werden.
2. Der Beitritt erschien als einzig realistische Strategie, die sich verschärfende politische und wirtschaftliche *Krise der DDR* rasch und überzeugend zu beenden. Insbesondere sollte dadurch die anhaltende *Abwanderung* zehntausender Ostdeutscher in die alten Länder gestoppt und den Auswanderungswilligen die Sicherheit geboten werden, dass sie auch in Ostdeutschland die Bedingungen der alten Bundesrepublik vorfinden und für die Verbesserung der eigenen Lebensverhältnisse nutzen können.
3. Der schwierige und langwierige Weg einer autonomen Etablierung von stabiler „Demokratie und Marktwirtschaft“ im Osten Deutschlands wie einer Aushandlung der Bedingungen und Formen der deutschen Einheit sollte *radikal abgekürzt* und die *Kosten minimiert* werden. Angenommen wurde, dass sich mit dem Beitritt, den bewährten bundesdeutschen Institutionen und der Wirtschaftskraft der alten Bundesrepublik nicht nur der Osten rasch in „blühende Landschaften“ verwandelt (H. Kohl) und es „niemandem schlechtergehen (wird) als bisher“ (L. de Maizière). Auch die Westdeutschen sollten – so Helmut Kohl im Juni 1990 – durch den Beitritt auf nichts „verzichten“ müssen.<sup>7</sup> Insgesamt könne allein der Modus eines Beitritts die rasche, etwa fünf bis zehn Jahre dauernde Herstellung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in Ost und West – wie sie das Grundgesetz fordert (siehe Art. 72, 2 GG in der Neufassung von 1994) – verbürgen.

<sup>6</sup> Die in der Regel bis Mitte der 1990er Jahre geltenden Ausnahmen betrafen unter anderem das Wahlrecht, das Arbeits-, Sozial- und Eherecht, das Mietrecht, das Abtreibungsrecht, aber auch eine Reihe steuerrechtlicher Bestimmungen sowie Teile des kommunalen Planungsrechts. Zusätzlich ist zwischen temporärer (Teil-)Fortgeltung des DDR-Rechts und neuem, aber nur für die neuen Bundesländer anzuwendendem Recht zu unterscheiden ist. Für letzteres kann etwa auf das 1992 verabschiedete Investitionsvorranggesetz (InVorG) verwiesen werden. Ausführliche Beschreibungen und Debatten finden sich z.B. bei Maydell et al. 1996 oder Röper 2005.

<sup>7</sup> Nachweis der Zitate von Kohl und de Maizière in Hauser et al. 1996: 10/11.



4. Neben diesen innerdeutschen Bedingungen wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, das *außenpolitische Zeitfenster* für den Vollzug der deutschen Einheit konsequent zu nutzen, wie es sich durch die aktuell offene Haltung der sowjetischen Führung unter M. Gorbatschow, aber auch der europäischen Alliierten (Großbritannien und Frankreich) zeige. Eine spätere Vereinigung könnte möglicherweise durch veränderte außenpolitische Lagen blockiert werden.

Darüber hinaus ist auf drei weitere wesentliche Bedingungen und Gründe aufmerksam zu machen, die nicht öffentlich thematisiert wurden, aber sozialwissenschaftlich zu rekonstruieren sind:

5. Wie insbesondere Gerhard Lehbruch herausgearbeitet hat (1996: 64-71), sah sich die im Vereinigungsgeschehen der Jahre 1989/90 strukturell privilegierte staatliche *Exekutive* unter Bundeskanzler Helmut Kohl mit eigentümlichen „*situativen Rationalitätsschranken*“ konfrontiert. Diese resultierten aus Informations-, Koordinations- und Konsensdefiziten unter den politischen Akteuren, die sich wechselseitig und zusätzlich durch den enormen Zeitdruck verschärften und zu einer erheblichen „*Problemvereinfachung*“ führten. Dies ließ die Strategie des Institutionentransfers als (am besten) geeignet und zugleich durchsetzbar erscheinen. Dabei wurde die Problemvereinfachung durch eine in allen Bevölkerungsschichten verbreitete *Vereinigungseuphorie*, also die feste Überzeugung, dass jetzt – wie es Willy Brandt ausdrückte – endlich „zusammenwächst, was zusammengehört“, auch *emotional* stark unterstützt.

6. Aus etwas anderer Perspektive lässt sich die Problemvereinfachung in der Strategie des Institutionentransfers aber auch als situativ bedingter *kognitiver Konservatismus* begreifen, wonach besonders krisenhafte politische Lagen ein Festhalten an bewährten Regeln und Orientierungen provozieren. Für die regierenden Eliten tritt dem aber ein *normativer Konservatismus* zur Seite, der die situativen Gründe nachhaltig verstärkte. Die CDU/CSU und weite Teile der Liberalen waren nicht an einer Erneuerung des westdeutschen Modells, sondern vor dem Hintergrund ihrer Wertordnungen und Ideologien an dessen Konservierung interessiert.

7. Schließlich ist klarzustellen, dass der Strategie des Institutionentransfers ein deutliches *Machtkalkül* der herrschenden westdeutschen Eliten zugrunde lag: Jede andere Form der Vereinigung, namentlich eine *experimentelle* Kombination mit Elementen der staatssozialistischen DDR, hätte sowohl die generelle Machtverteilung im demokratischen Kapitalismus der Bundesrepublik, aber auch die eigenen politische Machtpositionen in dann anstehenden politischen Auseinandersetzungen und Wahlen gefährden können. Das sollte ausgeschlossen werden.

### 3. „Beitritt“ und „Aufbau Ost“: Zur dominierenden Transformations- und Vereinigungslogik

Was bedeutete der staatsrechtliche Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik Deutschland für die Gestaltungslogik der Vereinigung? Welche Prozesslogiken dominierten und welche unmittelbaren – teils intendierten, teils nicht-intendierten – Folgewirkungen waren zu beobachten?

Zunächst bedeutete der Vollzug des Beitritts zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 nicht nur das abrupte Ende staatssozialistischer Herrschaftsregime der DDR, sondern die komplette Übernahme der demokratisch-wohlfahrtskapitalistischen Institutionenordnung der Bundesrepublik durch die fünf neuen Bundesländer und Ostberlin<sup>8</sup>, was den zeitgleichen Beitritt zur Europäischen Union (EU) einschloss. Mit diesem staatsrechtlichen Akt wurde der bis dahin in der DDR vorgenommene *autochthone Transitionsprozess* von staatssozialistischer Herrschaft und Kommandowirtschaft zu demokratischem Rechtsstaat und „sozialer Marktwirtschaft“ in Teilen suspendiert und zugleich der neue, mit Bezug auf die bundesrepublikanische Ordnung realisierte nicht nur forciert, sondern auf der Makroebene gleichsam handstreichartig abgeschlossen.

Diese Grundentscheidung eines basalen „*Institutionentransfers*“ war verknüpft mit weiteren Transferprozessen von West- nach Ostdeutschland:

1. *Akteurtransfer*: Die bundesdeutsche Institutionenordnung existiert nicht im luftleeren Raum, sondern setzt kraft ihres materiellen und Verfahrensrechts klar definierte Rahmen für die in und mit ihr handelnden *Korporativakteure* (Behörden, Parteien, Verbände usw.). Daher wurde der Institutionentransfer in Recht, Staat, Politik, Wirtschaft und Kultur von einem massiven direkten und indirekten Transfer westdeutscher Korporativakteure begleitet. Er umfasste nicht nur die staatlichen Akteure (Gerichte, Polizeidienststellen, Verwaltungseinheiten usw.), deren Organisationsstrukturen und Verfahrensregeln nach westdeutschem Recht umgebaut wurden, sondern ebenso semi-legale Organisationen des politischen Systems. So expandierten alle bundesdeutschen Parteien, die wichtigsten Verbände und Vereine nach Ostdeutschland oder gestalteten existierende ostdeutsche Pendanten nach dem Vorbild der alten Bundesrepublik um und vereinnahmten sie in gesamtdeutschen Dachorganisationen. Auch die Akteure des Wohlfahrtsstaates, d.h. staatliche Bildungseinrichtungen (Schulen, Universitäten), die halbstaatlichen Sozialversicherungen und Wohlfahrtsverbände, wie die Arbeiterwohlfahrt, der Arbeiter-Samariter-Bund oder das Deutsche Rote Kreuz, sowie zentrale Träger von Wissenschaft, Kunst und Kultur (etwa alle einschlägigen Akademien, Künstlerverbände oder Stiftungen) wurden nach diesem Muster

---

<sup>8</sup> Diese grundsätzliche Komplettübernahme regeln insbesondere die Artikel 1, 3, 8 und 9 des Einigungsvertrages (EVertr). Zu den davon abweichenden Bestimmungen vgl. Fußnote 6.

– *Expansion in den Osten oder Integration vorhandener Organisationen nach deren Umbau* – in das bundesdeutsche System eingepasst. Insgesamt ergab sich damit für Ostdeutschland und das vereinigte Deutschland die Situation eines „*ready made state*“ (R. Rose).

Die gleiche Transferlogik zeigte sich auch für die *Wirtschaft*. Infolge des Privatisierungsmodells der Treuhandanstalt (THA)<sup>9</sup>, durch das die Volkseigenen Betriebe der DDR an investitionswillige Käufer meistbietend veräußert oder – wenn sich kein solcher fand – „abgewickelt“ wurden, gerieten bis zur Auflösung der THA Ende 1994 in wertmäßiger Hinsicht gut 75% des volkseigenen Produktivvermögens in die Hände *westdeutscher* Personen oder Unternehmen. Im Segment der Großunternehmen gab es danach keine ostdeutschen Eigentümer mehr.

2. *Finanz- und Gütertransfer*: Nicht nur in solidarischer Absicht im Sinne des Imperativs der Herstellung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“, sondern auch als zwingende Konsequenz des Institutionen- und Akteurtransfers im Bereich der Wirtschaft und des Wohlfahrtsstaates wurden massive *finanzielle Überweisungen* an die neuen Bundesländer erforderlich. Das ungleich geringere Steuer- und Abgabenaufkommen in Ostdeutschland gestattete weder die Vollfinanzierung der sozialstaatlichen Leistungen (Anspruchsrechte) noch eine massive Wirtschaftsförderung zur Ankurbelung des Wachstums. Bereits im Mai 1990 wurde als erster Schritt im *Programm „Aufbau Ost“* von der Bundesregierung und den Ländern der „Fonds Deutsche Einheit“ geschaffen, der allein bis 1994 insgesamt über 80 Mrd. Euro bereitstellte. Dem schlossen sich weitere Fonds und Finanzierungsmechanismen, wie der steuerliche „Solidaritätszuschlag“, Transfers innerhalb der Sozialversicherungen oder die länderbezogenen Solidarpakte I und II an. Zwischen 1991 und 2005, d.h. in den ersten fünfzehn Jahren, flossen knapp 1,2 Billion Euro als Nettotransferleistungen in die neuen Bundesländer (vgl. Busch/Kühn/Steinitz 2009; Schroeder 2006). Dieser finanzielle Transfer wurde von einem kaum geringeren *Gütertransfer* begleitet. In den ersten fünf Jahren sind etwa 30-40% aller im Osten konsumierten Güter im Westen (mit-)produziert worden, was 1991/92 eine beispiellose Vereinigungskonjunktur in den alten Ländern auslöste. Darüber hinaus konnten die neuen Länder erhebliche Fördermittel der EU im Rahmen der Regional- und Strukturfonds in Anspruch nehmen.
3. *Personal- und Elitentransfer*: Wenn in praktisch allen gesellschaftlichen Sphären eine Abwicklung alter DDR-Institutionen und eine parallele Übertragung der westdeutschen stattfindet, entsteht zwingend nicht nur der Bedarf an *Wissenstransfer* von West nach Ost, sondern auch an der Neubesetzung von *Elitepositionen* in Politik, Verwaltung, Justiz, Polizei, Militär, Massenmedien, Bildung und Wissenschaft. In den entsprechenden Besetzungsverfahren kamen – wie die

---

<sup>9</sup> Diese wurde allerdings noch vor der Vereinigung, also durch die vorletzte DDR-Regierung gegründet (am 1.3.1990), erhielt aber nach der Vereinigung eine neue Programmatik und Führungsspitze.

Praxis zeigte – Ostdeutsche wegen mangelnder formaler Qualifikation, informeller Kompetenzen und moralischer Integrität nur sehr begrenzt, in einigen Bereichen zunächst gar nicht zum Zuge (zur Diskussion dieser vermeintlichen Mängel: Kollmorgen 2005: 87-200). Im Ergebnis fand bereits in den ersten Jahren ein massiver *Elitentransfer* von Ost nach West statt. Lediglich im Sektor der politischen Delegationseliten – namentlich in den Bundes-, Länder- und Kommunalparlamenten und ihren Spitzen – waren und sind Ostdeutsche weitgehend angemessen vertreten. Gänzlich anders stellt sich die Lage im Bereich der so genannten Ernennungseliten, d.h. von Fach- oder politischen Entscheidungsgremien auf Positionen berufene Führungskräfte dar. Allein in der öffentlichen Verwaltung wechselten zwischen 1990 und 1994 ca. 35.000 Westdeutsche zeitweilig oder dauerhaft in die neuen Länder. Der Anteil der ostdeutschen Spitzenbeamten auf Bundes- und Länderebene betrug in den ersten Jahren nahezu Null. Noch auf kommunaler Ebene wurden 15% der Leitungspositionen von Westdeutschen besetzt. In anderen Elitesektoren sah es in den ersten zehn Jahren nicht besser aus: Der Anteil der Ostdeutschen an den Ernennungseliten in Militär, Justiz, Massenmedien und Geistes- sowie Sozialwissenschaften betrug zwischen 0 und etwa 5% (vgl. Derlien 2001: 53-76; Wollmann 2001: 33-52; Kollmorgen 2011b: 319-325).

Zusammenfassend wird eine mit und nach dem Beitritt realisierte Vereinigungslogik erkennbar, die maßgeblich durch die von den herrschenden staatspolitischen Eliten verfolgte Strategie einer *exogenen Top-down-Transformation* nach dem *Vorbild der alten Bundesrepublik* im Sinne einer *Blaupause* oder institutionellen „*Erstreckungslogik*“ bestimmt wurde. Sie verkörperte eine *exogene* Strategie, weil sie weder von Ostdeutschen konzipiert noch von diesen geleitet wurde.<sup>10</sup> Sie folgte muster­gültig einer Logik der Planung und Durchsetzung *von oben*, d.h. von den bundesstaatlichen, später auch länderstaatlichen Exekutiv- und Legislativmächten hinab zu den ostdeutschen Kommunen und Bürgern. Schließlich beinhaltete sie in den ersten Jahren die weitgehend ungetrübte Vorstellung einer von den Ostdeutschen erwartbaren und zu erwartenden *soziokulturellen Anpassung* an das übertragene Politik-, Wirtschafts- und Sozialmodell Westdeutschlands, mithin einer kulturellen *Angleichung* des Ostens an den Westen der Republik.

Diese Strategie und ihre Umsetzung lässt sich auch als *Halbierung des Experimentalcharakters* interpretieren: Die eigentliche Last des – trotz der Vermeidungsanstrengungen keineswegs suspendierbaren – sozialen Experiments der Vereinigung, insbesondere seine *kognitiv-normative Dimension* wurde den Ostdeutschen aufgebürdet. Demgegenüber wurden die *materiellen Kosten* des Experi-

---

<sup>10</sup> Diese Aussage gilt jedenfalls dann, wenn man von der Beteiligung ostdeutscher Akteure an den Vertragsverhandlungen zu deutscher Einheit und dem Volkskammerentscheid zum Beitritt absieht. Vergleiche die obigen Hinweise zum Personal- und Elitentransfer.

ments zu einem hohen Anteil durch die Westdeutschen, insbesondere die westdeutsche Mittelklasse in Form enormer finanzieller Transfers getragen.

#### **4. Jenseits des Modelltransfers: Grenzen und Scheitern, Revisionen und Innovationen**

So sehr diese Transfer-Strategie in der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung den Gesamtprozess materiell und symbolisch dominierte; die Umwälzungsprozesse folgten nicht allein dieser Logik.

Das verdankt sich zunächst dem Charakter der Bundesrepublik als demokratisch-föderativer und „halbsouveräner Staat“ (P. Katzenstein). Das Politik-, Wirtschafts- und Sozialmodell der Bundesrepublik basiert wesentlich auf der Kooperation staatlicher, halbstaatlicher (etwa Sozialversicherungen) sowie ausdrücklich zivilgesellschaftlicher bzw. Dritter-Sektor-Akteure (Verbände, Vereine). Trotz der Dominanz westdeutscher Akteure, öffnete diese Staats- und Gesellschaftsverfassung alten und neuen genuin ostdeutschen Akteuren die Möglichkeit der Aktivität, eigensinnigen Wahrnehmung und Ausgestaltung der grundsätzlich transferierten Institutionenordnung, wie etwa das Beispiel der Volkssolidarität und vieler anderer lokaler NGOs im Bereich der freien öffentlichen Wohlfahrtspflege zeigt.

Analoges gilt für den Wirtschaftsbereich, in dem zwar keine industriellen Großunternehmen ostdeutscher Eigentümer existieren, wohl aber die große Masse der Klein- und mittelständischen Betriebe ostdeutsche (Mit-)Eigentümer aufweist, wobei die rechtlich reformierten landwirtschaftlichen Genossenschaften (heute vor allem in Form einer GmbH und eG) herausragen.<sup>11</sup> In diesen Unternehmen wurden und werden Marktstrategien angewandt und herrschen betriebliche Sozialbeziehungen, die sich von typischen westdeutschen unterscheiden und jedenfalls eine lange Zeit, zum Teil heute noch auf Traditionen und Mentalitäten der DDR-Zeit zurückgreifen. Selbst im politischen Kernbereich zeigt das Beispiel der postkommunistischen „Volkspartei“ PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) und ab 2005 ost-westdeutschen Partei „Die Linke“, dass der Akteurtransfer nicht durchgehend glückte. Die Strategie der *top-down realisierten Blaupause* konnte also nicht vollständig durchgesetzt werden, sondern musste wegen der Verfasstheit des Modells selbst *partiell scheitern*.

Dieses partielle Scheitern lässt sich freilich insofern als „*erfolgreiches Scheitern*“ (G. Seibel) begreifen, da es nicht nur die Funktionalität und Systemintegration der neuen Ordnung in Ostdeutsch-

---

<sup>11</sup> Etwa 85% aller ostdeutschen Betriebe im produzierenden Gewerbe befinden sich mehrheitlich in ostdeutschem Besitz, vgl. Pohl 2000: 224, Tab. 1.

land *nicht* behinderte, sondern die Sozialintegration, d.h. die informell normative und sozialmoralische Einbindung in die und Partizipation der Ostdeutschen an der neuen Ordnung sogar beförderte. Das lag einerseits an der damit möglichen Fokussierung harscher Kritik am Gang der Vereinigung auf nicht-staatliche Akteure, wobei die THA, Arbeitgeberverbände und politische Parteien die wichtigsten Adressaten waren. Die Staatsordnung des vereinigten Deutschlands wurde damit von Kritik entlastet. Andererseits war den Ostdeutschen gerade durch das partielle Scheitern eine schrittweise Identifikation mit der neuen Ordnung möglich, weil durch die Chancen eigensinnigen und eigenständigen Handelns diese nicht nur als formelle Ordnung anerkannt, sondern schrittweise auch sozio-praktisch gelebt und damit legitimiert wurde.

Überhaupt gilt, dass es keinen wirklichen Transfer von Institutionen und Akteuren *ohne* eine aktive Aneignung durch handelnde Individuen gibt. Dabei überschreitet der Aneignungsprozess „von unten“ durch die Bürgerinnen und Bürger immer – und insbesondere in demokratischen Gesellschaften – eine passive Aneignungs-, also reine Enkulturations- oder Assimilationslogik. Vielmehr werden übertragene Institutionen in der längerfristigen aktiven Aneignung informell und ggf. selbst formell *verändert*, d.h. ihrerseits den handelnden Individuen und deren konkreten sozialen Umwelten angepasst.

Das kann – oft unter Rückgriff auf Traditionsbestände – sogar *innovative* Rekombinationen einschließen. Die ostdeutschen Transformationsprozesse zeigen höchst anschaulich, dass und wie vielfältig dies geschah und weiter geschieht. Nur exemplarisch ist auf die für die Bundesrepublik *innovative* (Wieder-)Einführung des 12-Klassen-Abiturs in der allgemeinen Schulbildung, die (Wieder-)Einführung von „Polikliniken“ als ambulante Behandlungszentren im Gesundheitswesen, das System einer bedarfsdeckenden Kinderbetreuung zwischen Kindertagesstätten und Ganztagschule oder die Kommunalverfassungen mit stärker direktdemokratischen Elementen zu verweisen, die zudem allesamt auf die alten Länder ausstrahlten (vgl. Bahrmann/Links 2005; Engler 2002; Kollmorgen 2005: 243-248; Lorenz 2011).

Zusammenfassend und verdichtend lässt sich von einer *ostdeutschen Gegenlogik* sprechen, die die dominierende exogene Top-down-Strategie fortschreitend *endogen* und *von unten* gebrochen und ergänzt hat. Ihre Bedeutung ist seit Ende der 1990er Jahre deutlich gewachsen und wird auch an dem zwar sehr langsamen, aber unübersehbaren Aufstieg ostdeutscher Positionseliten einer neuen Generation erkennbar.

## 5. Nach 20 Jahren: Erfolge und Misserfolge der Vereinigungslogik

Zu welchen Resultaten führte die gebrochene Transformations- und Vereinigungslogik im „sozialen Großversuch“? Wie erfolgreich oder misslungen erscheinen heute deutsche Vereinigung und ostdeutsche Transformation – gemessen an den Zielvorstellungen der entscheidenden politischen Akteure und ihrer Strategien, aber auch gegenüber dem Ausgangszustand?

1. Transformation und Vereinigung sind *formell-institutionell* gelungen. Alle relevanten Akteur-Institutionen-Komplexe der alten Bundesrepublik wurden mit dem Beitritt (1990) implementiert und funktionieren grundsätzlich, wobei die effektive Etablierung der neuen Ordnung auf der Mesoebene von Staat, Wirtschaft und Drittem Sektor bis 1993/94 dauerte.

2. Es gibt weder relevante politische noch Bevölkerungsgruppen in Ost- und Westdeutschland, die die deutsche Einheit in Frage stellen. Sie erscheint mithin auch *politisch-kulturell* gefestigt und unumkehrbar.

3. *Materiell oder sozioökonomisch* kam es durch die Kombination von Privatisierung und Schließung ostdeutscher Betriebe und der „Versorgung“ durch die westdeutsche Industrie zunächst zu einer beispiellosen *Wirtschaftskrise* in Ostdeutschland mit einem Produktionseinbruch von bis zu -35%, die sich zu einer massiven *Deindustrialisierung* auswuchs. Die Erholung und Re-Industrialisierung gewann – transfergestützt – zwar bereits ab 1992 ein Tempo, das zu einem Aufholen des westdeutschen Entwicklungsstandes führte (zum Teil Wachstumsraten über 10%). Bereits ab 1997 lagen aber die Wachstumsraten wieder unter oder nur noch knapp über den westdeutschen Werten, so dass der Angleichungsprozess praktisch zum Erliegen kam. Hinsichtlich ihrer gegenwärtigen Leistungsparameter kann als Faustregel formuliert werden, dass sich ostdeutsche Wirtschaftskraft, Produktivität sowie Einkommen im Bereich von *zwei Dritteln bis drei Vierteln* der westdeutschen Werte bewegen (vgl. Busch/Kühn/Steinitz 2009; IWH 2010).<sup>12</sup> Das Bruttoinlandsprodukt der späten DDR (1989) wurde Mitte der 1990er Jahre wieder erreicht. Zugleich leidet Ostdeutschland seit der Vereinigung an – in den letzten Jahren allerdings deutlich sinkender – Massenarbeitslosigkeit (1991-2005: 15-25%, 2006-2011: 11-15%) sowie an der massiven Zunahme prekärer Beschäftigung (1998: ca. 20%, 2008: ca. 30%). Beide Werte übersteigen die westdeutschen Vergleichsdaten deutlich (DGB 2009: 6-10). Die ostdeutsche Wirtschaft stellt daher bis heute eine *fragmentierte*, vom Westen Deutschlands *abhängige* und *Transfer-Ökonomie* dar. Inseln der Prosperität und hohen Leistungskraft (wie Jena und Dresden) stehen viele Regionen deutlich unterdurchschnittlicher Wirt-

---

<sup>12</sup> Ausgenommen allein die ostdeutsche Landwirtschaft, deren Umfang und Produktivität im Durchschnitt über den westdeutschen Werten liegt. Die Ausgangswerte in der DDR hinsichtlich Wirtschafts- und Konsumkraft betragen 1989 – je nach Berechnungsmodus – etwa 40-50% des westdeutschen Niveaus (vgl. Busch/Kühn/Steinitz 2009; IWH 2010).

schaftskraft und Entwicklungsaussichten gegenüber (z.B. der gesamte Nordosten, Teile Sachsen-Anhalts oder auch Ostsachsens). Zugleich ist der Grad neoliberaler Aufweichung des Modells der „sozialen Marktwirtschaft“ (atypische Beschäftigung, Geringverdiener, Arbeitslose) deutlich *höher* als in den westlichen Bundesländern.

4. In Ostdeutschland handelt es darüber hinaus nicht nur institutionell, sondern auch materiell in hohem Maße um einen *Transfer-Wohlfahrtsstaat*. Die Leistungen im Bereich der Renten und Pensionen, der Gesundheit, öffentlichen Bildung und Kinderbetreuung oder in der freien Wohlfahrtspflege, die im Prinzip den westdeutschen Standards entsprechen<sup>13</sup> werden nur zu etwa *zwei Dritteln* durch Ostdeutschland selbst erzeugt; ein Drittel wird bis heute durch den West-Ost-Transfer finanziert, dessen Hauptinstrument, der Solidarpakt II, allerdings in seinem Volumen stetig schrumpft und im Jahr 2019 ausläuft.

5. Bewertet man die Resultate des ostdeutschen Umwälzungs- und deutschen Vereinigungsprozesses nicht im Spiegel eines Ost-West-Vergleichs, sondern *anhand des Wohlstandsniveaus der späten DDR*, ist dreierlei festzuhalten: Erstens bewegte sich die DDR ökonomisch am Rande eines Kollapses. Die ausländische und inländische Verschuldung des Staates hatten 1989 ein Maß erreicht, das eine Fortführung des sozialistischen Modells einer „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ausschloss. Zweitens leistete das (funktionierende) Modell zwar eine nivellierende und universelle Grundsicherung, hat aber in seinen Ergebnissen jenseits der Kinderbetreuung, Volksbildung und Teilen der Gesundheitsvorsorge nie das Sozialstaatsniveau der westlichen Industriegesellschaften, insbesondere nicht der alten Bundesrepublik erreichen können, wobei sich der Abstand seit Anfang der 1970er Jahre dramatisch vergrößerte. Drittens und daher haben die allermeisten DDR-Bürger im Zuge der Vereinigung einen *materiellen Wohlstandsgewinn* erfahren, der vom Angebot, dem Preis und der Qualität praktisch aller Konsumgüter über die massenkulturelle Vielfalt bis zur Qualität der Gesundheitsvorsorge und Altersfürsorge reicht.

6. Die materiellen Vorteile der Vereinigung werden aber auch sichtbar im *Vergleich mit dem Wohlstandsniveau der anderen mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten*. Die Ostdeutschen erlangten weitaus schneller und umfangreicher einen mit westlichen Standards vergleichbaren Massenwohlstand und liegen hinsichtlich der Einkommen sowie wohlfahrtsstaatlichen Leistungen deut-

---

<sup>13</sup> Das gilt für alle Leistungen, die einkommensunabhängig erbracht werden. Für die einkommensabhängigen Leistungen, die im bundesdeutschen Wohlfahrtsregime einen bedeutenden Platz einnehmen (etwa im Bereich der Renten oder des Arbeitslosengeldes), erhalten die Ostdeutschen gemäß ihrer minderen Einkommen evidenterweise auch die dementsprechend geringeren Sozialleistungen. Für die Renten gilt das nur bedingt, da die alten DDR-Einkommen und Anwartschaften in einer komplizierten Umrechnungsformel gegenüber westdeutschen aufgewertet werden, allerdings dennoch heute erst bei etwa 80% des westdeutschen Wertes liegen.



lich vor den mitteleuropäischen Spitzenreitern (wie Slowenien, Tschechien oder Ungarn) (dazu ausführlich: Kollmorgen 2010).

7. *Sozialstrukturell* hat zwar eine deutliche Angleichung in Deutschland stattgefunden. Zugleich bestehen nicht nur einige markante Eigenheiten in Ost und West weiter oder haben sich neu herausgebildet (z.B. der höhere Anteil unverheirateter Paare mit Kindern, Alleinerziehender oder kleiner Selbständiger in Ostdeutschland). Vielmehr hat durch das Erbe der DDR und die Vereinigungsdynamiken nach 1990 sowohl eine signifikante *ostdeutsche Unterschichtung* des bundesdeutschen Gesellschaft wie und parallel eine massive *westdeutsche Überschichtung* der ostdeutschen Teilgesellschaft stattgefunden. So wie ein überproportionaler Anteil der deutschen Armen, Unterprivilegierten und in Unterschichtenmilieus Lebender in Ostdeutschland beheimatet ist<sup>14</sup>, stammen etwa 95% aller Superreichen sowie Angehörigen der Oberschichten und Führungsgruppen in Wirtschaft, Staat und Kultur aus Westdeutschland (vgl. Kollmorgen 2011b: 319-325; Frick/Grabka 2011).

8. Schließlich ist hinsichtlich der *Zufriedenheiten und Bewertungen* der Vereinigung sowie den *symbolischen und sozialintegrativen Aspekten* dreierlei zu konstatieren: (a) Die „Zufriedenheit mit dem Funktionieren der *Demokratie*“ in Ostdeutschland stieg zwischen 1991 und 2006 in einer Wellenbewegung von etwa 40% zustimmender Antworten (zufrieden/sehr zufrieden) auf zunächst fast 50% (1995) an. Sie sank dann auf ca. 30% ab (1997, 1998) und stabilisierte sich nach einem erneuten Anstieg (47% im Jahr 2002) in den Jahren 2003-2006 auf einem Niveau um 35% (Datenreport 2008: 397, Abb. 1). Dieser Wert liegt ebenso signifikant unter dem westdeutschen Vergleichswert (hier beträgt er etwa 60%) wie der Anteil positiver Antworten auf die Frage nach der Zufriedenheit mit den Leistungen des *Sozialstaats (soziale Sicherung)*. Dieser Anteil beträgt im Osten heute nur knapp 40% gegenüber 50% in Westdeutschland (Datenreport 2008: 298ff.).

(b) In der *Bewertung der Vereinigung* zeigt sich, dass heute (2010) 42% der Bürger der neuen Bundesländer diese vor allem oder überwiegend als „Gewinn“ betrachten; 24% erkennen für sich mehr oder vor allem Verluste. Im westlichen Landesteil sind es sogar „nur“ 36% der Befragten, die eher Gewinne ausmachen, und 35%, die mehr oder vor allem Verluste diagnostizieren (Hanf/Liebscher/Schmidtke 2011: 275). Zugleich sagt mehr als die Hälfte aller Ostdeutschen (53% der Befragten), dass „die Unterschiede zwischen Ost und West noch relativ groß“ sind; eine Ansicht, die lediglich 37% der Westdeutschen teilen. Umgekehrt sehen fast die Hälfte der Westdeutschen (47%) keine oder nur noch geringe Unterschiede zwischen beiden Landesteilen. Diesem Urteil stimmen wiederum nur 17% der Ostdeutschen zu (ibid.: 257).<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Das gilt allerdings nicht für die Armen und Unterprivilegierten mit ausländischer Staatsbürgerschaft oder Migrationshintergrund. Diese Gruppe ist in Ostdeutschland – bis auf Berlin – deutlich unterrepräsentiert.

<sup>15</sup> Darüber hinaus ist einer Erhebung aus dem Jahr 2004 zu entnehmen, dass 65% aller Befragten im Herbst 1989 positive Erwartungen an die friedliche Revolution und absehbare deutsche Einheit besaßen, die *nicht* erfüllt wur-

(c) Schließlich soll auf zwei markante empirische Befunde für die Entwicklung der *Sozialintegration* zwischen Ost- und Westdeutschen seit 1990 aufmerksam gemacht werden. Hinsichtlich *kollektiver Zugehörigkeiten* gaben auch noch im Jahr 2010 72% aller Ostdeutschen an, sich „stark“ oder „ziemlich stark“ mit Ostdeutschland verbunden zu fühlen, aber nur 46% mit Deutschland. Für die Befragten aus den alten Bundesländer ergab sich ein spiegelbildlicher Befund: 46% zu 68% (ibid.: 284). Noch gravierender erscheint aber der Umstand, dass sich seit 1991 eine deutliche Mehrheit der Ostdeutschen – allerdings mit fallender Tendenz – als „*Bürger zweiter Klasse*“ betrachtet. Noch im Jahr 2008 waren es knapp zwei Drittel der Befragten (Kollmorgen 2011b: 305-314, hier: 306).<sup>16</sup> Diese Umfragedaten korrespondieren mit qualitativen Forschungsergebnissen, die in der Bundesrepublik Deutschland bis heute *zwei Teilkulturen* identifizieren, Reste spezifisch ost- und westdeutscher *sozialer Milieus* registrieren sowie *öffentliche Diskurse* – in Politik, Wissenschaft und vor allem: in den Massenmedien – rekonstruieren, die eine Exotisierung, Ausgrenzung, Abwertung, in Teilen sogar Subalternisierung der Ostdeutschen in wichtigen Diskursfeldern aufzeigen. Erst seit etwa fünf bis zehn Jahren sind hier deutliche Reformulierungs- und Revisionstendenzen erkennbar, die jene Teilungen durchbrechen, ostdeutsche Leben und Erfahrungen sowie innovative Orientierungen aufwerten und zum Gegenstand gesamtdeutscher Entwicklungsdiskussionen machen (ausführlich: Kollmorgen/Koch/Dienel 2011; Mühlberg 2005; Roth/Wien 2008).

9. Vor diesem materiellen und symbolischen Hintergrund kann es nicht verwundern, dass die frühen Prognosen in Politik und Wissenschaft, die Einheit könne innerhalb von fünf bis zehn Jahren *vollendet* werden, Einschätzungen gewichen sind, die heute – wie die Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008 festhielt (Berliner Zeitung 2008) – von *vierzig oder gar sechzig oder siebzig Jahren* sprechen<sup>17</sup>, die es braucht, um tatsächlich eine breiter gefasste Gleichwertigkeit von Lebenschancen und Lebensverhältnissen in Ost und West herzustellen.

## 6. Resümee und Ausblick: Das Experiment kehrt zurück

Die Vereinigung ist angesichts einer enormen Problemkomplexität, eines erheblichen Zeitdrucks, der starken Machtpositionen der westdeutschen (vor allem: exekutiven) Eliten gepaart mit ihrem kognitiven und normativen Konservatismus sowie unter Zustimmung einer klaren Mehrheit der Be-

---

den (Hanf/Liebscher/Schmidtke 2011: 262/263).

<sup>16</sup> Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Querschnittswerte erhebliche generationale und sozialstrukturelle Differenzen einebnen. Um es zuzuspitzen: Die Jüngeren und ganz Alten, die beruflich Erfolgreichen und Mittelklasseangehörigen in Ostdeutschland sehen eher „Gewinne“ durch die Einheit und erkennen sich deutlich weniger als Bürger zweiter Klasse gegenüber den mittelalten Kohorten (50-60 Jahre alt), den Erwerbslosen sowie den Unterschichten und unteren Mittelschichten (vgl. die detaillierten Analysen bei Hanf/Liebscher/Schmidtke 2011).

<sup>17</sup> Von siebzig Jahren sprach zuletzt Kurt Biedenkopf, ehemaliger Ministerpräsident des Landes Sachsen.

völkerung in beiden Landesteilen *staatsrechtlich* auf dem Wege des „Beitritts“ der neuen östlichen Bundesländer zum „Geltungsbereich des Grundgesetzes“, also der alten Bundesrepublik, und *prozedural* als „*Institutionentransfer*“ erfolgt. Diese Strategie einer im Wesentlichen durch die westdeutschen Eliten *top-down* gesteuerten ostdeutschen Transformation und deutschen Vereinigung konnte aufgrund der Verfasstheit des bundesdeutschen Politik-, Wirtschafts- und Sozialmodells nur *begrenzt* realisiert werden (vgl. Czada/Lehmbruch 1998), wobei sie fortschreitend durch eigensinnige und eigenständige Handlungslogiken im Osten und durch Ostdeutsche „*von unten*“ gebrochen und ergänzt wurde. Dennoch blieben der Institutionentransfer und die aus ihm resultierende Vereinigungslogik einer Einpassung und Angleichung des Ostens an den Westen der Republik bis heute staatspolitisch so dominierend wie die Westdeutschen in den gesellschaftlichen Führungsgruppen des Landes.<sup>18</sup>

Damit wurde der – von den herrschenden westdeutschen Eliten wie der großen Masse der Ostdeutschen ungewollte und verdrängte – *Experimentalcharakter der Vereinigung* in zentralen Aspekten den Ostdeutschen überantwortet. Während sich die Westdeutschen weitgehend in vertrauten System- und Lebenswelten bewegen konnten (sieht man von den westdeutschen Eliten ab, die nach Ostdeutschland „transferiert“ wurden), waren die Ostdeutschen gezwungen, sich verunsichert, tastend und suchend in den neuen bundesdeutschen Ordnungen zu orientieren, sich deren Funktionslogiken anzueignen und in diesen ihre Karrieren und Biographien neu zu planen und zu leben. Allerdings wurden sie darin in zweifacher Weise entlastet: Erstens lag mit dem westdeutschen *ready made state* eine durchstrukturierte, rasch auch in Ostdeutschland grundsätzlich funktionierende Akteur- und Institutionenordnung vor, was die postsozialistische Transitionsphase radikal abkürzte und grundsätzliche Rechts- und Handlungssicherheit herstellte. Zweitens erfuhren die Ostdeutschen durch die massiven Transferflüsse von West nach Ost in einer Größenordnung von etwa 1,5 Billionen Euro zwischen 1991-2011 eine Förderung der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Modernisierung sowie eine unmittelbare Wohlstandsanhebung, welche die materielle Angleichung von Ost und West vorantrieb, zugleich die schmerzhaften ökonomischen Schocktherapie im Osten sozialstaatlich abfederte und als Wohlfahrtskompensation für Massenarbeitslosigkeit und westdeutsche Überschichtung gelesen werden kann. Das Ausmaß der positiven Wirkungen beider Entlastungen für die Lebenspraxis großer Bevölkerungsteile wird erst im Vergleich mit den Entwicklungsproblemen und Wohlstandseinbußen der anderen mittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften umfassend erkennbar (vgl. Kollmorgen 2010).

---

<sup>18</sup> Daran haben auch die Wahlen der Ostdeutschen Angela Merkel zur Bundeskanzlerin (seit 2005) und Joachim Gaucks zum Bundespräsidenten (2012) nichts geändert – siehe oben und vgl. Kollmorgen 2011b.

Wie skizziert, haben *Beitrittslogik* und *Transferflüsse* jedoch nicht verhindern können, dass auch nach zwanzig Jahren der Osten in ökonomischer Hinsicht dem Westen des Landes deutlich hinterherhinkt, wobei die Angleichungsdynamik sich seit Ende der 1990er Jahre so verlangsamt hat, das von einer *Verfestigungstendenz* der ungleichen Leistungskraft und Abhängigkeit vom Westen gesprochen werden muss. Aber auch sozialstrukturell ist eine Verfestigung erkennbar, die sich in signifikanten sozialen Ungleichheiten (Einkommen, Vermögen usw.), aber auch den sich nur sehr langsam abbauenden westdeutschen Überschichtungen der deutschen Gesellschaft zeigt. Schließlich beschreiben Distanzen zur transferierten Marktwirtschaft und Demokratie, die anhaltende Stärke ostdeutscher Kollektividentitäten sowie die Erfahrungen ostdeutscher „Zweitklassigkeit“ in den Diskursen und sozialen Praxen, dass auch sozio-kulturell die Beitrittslogik *nicht-intendierte Langzeitfolgen* verursachte und keine umfassende symbolische und normative Einheit stiften konnte.

Ob und wie die Vereinigung *vollendet* wird, hängt von der staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Politik der kommenden Jahre und Jahrzehnte ab. In jedem Fall handelt es sich nicht um einen Selbstläufer. Nach Chancen dafür zu fragen, führt ein letztes Mal zum Problem des *sozialen Experiments* zurück: Die Ostdeutschen haben früher als viele Westdeutsche erfahren, dass das bundesdeutsche Politik-, Wirtschafts- und Sozialmodell, d.h. der westdeutsche neo-korporatistische Fordismus, als Folie für die Bearbeitung der Transformations- und Vereinigungsprobleme im Osten Deutschlands nur bedingt taugte. Seine über Jahrzehnte gewachsenen strukturellen sowie institutionellen Voraussetzungen waren im Osten schlicht *nicht oder nur fragmentarisch* vorhanden. Ebenso wenig lag es – anders als im Westen – als kulturalisierte Handlungsroutine oder verfestigter Massen-Habitus vor. Damit konnte das Modell unter widrigen, sich dramatisch ändernden Umständen auch *nicht* als dominante Handlungsorientierung dienen. Die Bürger in den neuen Ländern waren daher nicht nur oft „objektiv“ gezwungen, mit dem Modell offen, reform- und innovationsorientiert, kurz: *experimentell* umzugehen. Sie waren dazu auch „subjektiv“ eher als viele Westdeutsche in der Lage (vgl. Engler 2002).<sup>19</sup>

---

<sup>19</sup> Um das auch aus westdeutscher Perspektive noch einmal zu pointieren: Die Einheit hat die bereits Ende der 1980er Jahre in der alten Bundesrepublik anstehenden Reformen und Innovationen für eine Dekade vertagt. Für die herrschenden Eliten war die Vereinigung teils willkommener Anlass, teils auch objektiver Grund für ein (weitgehendes) Festhalten am *Status quo*. Nur wenige Angehörige der obersten Positionseliten haben in der ersten Phase des Vereinigungsprozesses versucht, die Einheit als Chance für innovative Umbauten – etwa im Bereich des Arbeits- und Sozialrechtes – und die neuen Ländern als eine Art „Brückenkopf“ für substantielle Reformen zu nutzen (vgl. Czada/Lehmbruch 1998). Diese Status-quo-Orientierung änderte sich erst – und selbst dann nur schrittweise – mit der „rot-grünen“ Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (1998-2005). Dieser Konservatismus vieler Westdeutscher widerspricht ihrer Selbstwahrnehmung im Übrigen so deutlich wie die (oft erzwungene) „Beweglichkeit“ der Ostdeutschen den westdeutschen Fremdzuschreibungen als traditionell, konservativ oder unbeweglich eingestellte soziale Gruppe (vgl. Kollmorgen 2005: 169-189).

Empirisch lässt sich diese doppelt begründete Reform- und Innovationskonstellation in Ostdeutschland an einer Reihe von Feldern und Entwicklungsdynamiken nachweisen. Neben den oben bereits erwähnten Eigensinnigkeiten und Vorreiterrollen (siehe 3.) ist insbesondere zu verweisen auf:

- (a) Die Erarbeitung von neuen wohlfahrtspolitischen Strategien im Umgang mit den *demographischen Umbrüchen* der Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung, die im Osten schneller und ungleich dramatischer auftraten;
- (b) Die Entwicklung *innovativer regionaler Arbeitsmarkt- und Arbeitspolitiken* (Zweiter Arbeitsmarkt, Bürger- und Kulturarbeit, aber auch Unternehmenskooperationen und die breite Einbindung der Zivilgesellschaft) als Antwort auf die Krise der fordistischen Erwerbsarbeitsgesellschaft in der Zangenbewegung zwischen Massenarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel sowie
- (c) Die Formierung einer neuen *lokalen Governance* als Antwort auf die Krise der klassischen Parteidemokratie (exemplarische Berichte und Analysen bei: Kollmorgen/Koch/Dienel 2011; Links/Volke 2009; Lorenz 2011; Thomas 2011).

Diese experimentellen Innovationserfahrungen in die weitere Gestaltung der deutschen Gesellschaftsentwicklung einzubringen, könnte nicht nur symbolischen und sozialintegrativen Folgeprobleme des „Beitritts“ lindern oder sogar langfristig lösen helfen, sofern damit die *Transferlogik* im Vereinigungsprozess Deutschlands *gleichsam umkehrt* wird: Die Ostdeutschen fungieren hier – wie es Wolfgang Engler (2002) schon vor einem Jahrzehnt formulierte – als „*Avantgarde*“ und die Westdeutschen lernen von den Ostdeutschen. Tatsächlich ist diese Bewegung seit einigen Jahren verstärkt in den sozialen Praxen und Diskursen zu beobachten (vgl. *ibid.*).

Die innovativen Ideen und Erfahrungen in Ostdeutschland liefern darüber hinaus einen neuen Ansatz, um die hartnäckigen materiellen und sozialstrukturellen Ungleichheiten zwischen Ost und West absehbar und zugleich auf andere Weise zu überwinden. Wie diskutiert, bräuchte es im Rahmen des gegebenen hegemonialen Politik-, Wirtschafts- und Sozialmodells und seiner Verteilungseffekte selbst unter günstigen Bedingungen noch Jahrzehnte, um die „Gleichwertigkeit“ der Lebensverhältnisse und – wichtiger noch – der Lebenschancen in Ost und West herzustellen. Diese Entwicklungskonstellation würde durchbrochen, wenn die ostdeutschen Erfahrungen, Eigensinnigkeiten und institutionellen Innovationen auf regionaler und lokaler Ebene einen wichtigen Baustein in der *gesamtgesellschaftlichen Transformation* der Bundesrepublik darstellten, die sowohl im Hinblick auf das Wachstumsparadigma und materiellen Reichtum als auch bezüglich zentraler Lebenswerte und Lebensweisen die globale Nachkriegsmoderne zu transzendieren sucht. Selbstverständlich privilegiert diese Transformationsperspektive nicht die Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen. Eine gesellschaftspolitische Debatte und Transformationsstrategien dieser Orientierung und Dimension ließen aber die „klassischen“ deutsch-deutschen Konfliktlinien seit 1990 und die anhal-

tenden materiellen und symbolischen Ungleichheiten weitgehend hinter sich – oder besäßen zumindest ein solches Potenzial. In dieser anstehenden *sozial-ökologischen und darin kulturellen „großen Transformation“* erscheinen die Ostdeutschen mit ihrer Geschichte der „friedlichen Revolution“ wie ihrer Bewältigung der deutschen Vereinigung als eine in bestimmten Dimensionen mit einem Erfahrungsvorsprung versehene Bevölkerungsgruppe, die für das mögliche *neue Experiment* nicht mehr in der „zweiten Reihe“ stehen kann, sollte – noch will.

## Literatur

- Bahrman, Hannes/Links, Christoph (Hg./2005): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz. Berlin: Ch. Links.
- Berliner Zeitung (2008): Wahlen entscheiden sich im Osten. In: Berliner Zeitung vom 11./12. Oktober 2008: 6 (<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/1011/seite1/0183/index.html>).
- Busch, Ulrich/Kühn, Wolfgang/Steinitz, Klaus (2009): Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland: Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit. Hamburg: VSA.
- Cieslik, Thomas (2001): Wiedervereinigungen während und nach der Ost-West-Blockkonfrontation. Ursachen der Teilung - Grundlagen der (fehlenden) Einheit. Untersucht an den Fallbeispielen Vietnam, Jemen, Deutschland, China und Korea. Marburg: Tectum.
- Czada, Roland/Lehmbruch, Gerhard (Hg./1998): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik. FaM/N.Y.: Campus.
- Datenreport 2008 (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem WZB und ZUMA, 2008). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Derlien, Hans-Ulrich (2001): Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration. In: Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen: Leske + Budrich: 53-76.
- DGB (Hg./2009): Der Arbeitsmarkt im Osten – 20 Jahre nach dem Mauerfall, Teil I: Beschäftigung und Einkommen. In: Arbeitsmarkt aktuell, Nr. 6/2009: Berlin: DGB, Bereich Arbeitsmarktpolitik.
- Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau.
- Frick, Joachim R./Grabka, Markus M. (2011): Die personelle Vermögensverteilung in Ost- und Westdeutschland nach dem Mauerfall. In: Krause, Peter/Ostner, Ilona (Hg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010. Frankfurt/N.Y.: Campus: 493-512.
- Giesen, Bernhard/Leggewie, Claus (Hg./1991): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin. Rotbuch.
- Hanf, Thomas/Liebscher, Reinhard/Schmidtke, Heidrun (2011): Die Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit im Spiegel von Bevölkerungsumfragen. In: Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag: 249-300.
- Hauser, Richard et al. unter Mitarbeit von Raj Kollmorgen et al. (1996): Ungleichheit und Sozialpolitik. Berichte der KSPW zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Bd. 2. Opladen: Leske + Budrich.
- IWH (2010): Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren (Autoren: Blum, Ulrich; Buscher, Herbert S.; Gabrisch, Hubert; Günther, Jutta; Heimpold, Gerhard; Lang, Cornelia; Ludwig, Udo; Rosenfeld, Martin T. W.; Schneider, Lutz), 2. akt. u. verbess. Aufl. Halle (Saale): IWH.
- Kohl, Helmut (1989): Zehn-Punkte-Programm 1989 zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas (Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 28.11.1989 (<http://webarchiv.bundestag.de/archive/2009/0109/geschichte/parlhist/dokumente/dok09.html>))
- Kollmorgen, Raj (2005): Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag.

- Kollmorgen, Raj (2010): Wende – Umbruch – Beitritt. Die ostdeutsche Transformation und ihre Verortung im postsozialistischen Raum. In: Großbölting, Thomas et al. (Hg.): Das Ende des Kommunismus. Die Überwindung der Diktaturen in Europa und ihre Folgen. Essen: Klartext Verlag: 151-175.
- Kollmorgen, Raj (2011a): Ostdeutschland und Theorien des Institutionenwandels. In: Lorenz, Astrid (Hg./2011): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden: Barbara Budrich: 293-314.
- Kollmorgen, Raj (2011b): Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher. In: Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag: 301-360.
- Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hg./2011): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2009): Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München: Beck.
- Krause, Peter/Ostner, Ilona (Hg./2010): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010. Frankfurt/N.Y.: Campus.
- Lehmbruch, Gerhard (1993): Institutionentransfer im Prozeß der Vereinigung. In: Seibel, Wolfgang/Benz, Arthur/Mäding, Heinrich (Hg.): Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einigung. Baden-Baden: Nomos: 41-66.
- Lehmbruch, Gerhard (1996): Die ostdeutsche Transformation als Strategie des Institutionentransfers: Überprüfung und Antikritik. In: Eisen, Andreas/Wollmann, Hellmut (Hg.): Institutionenbildung in Ostdeutschland. Zwischen externer Steuerung und Eigendynamik. Opladen: Leske + Budrich, S. 63-78.
- Links, Christoph/Volke, Kristina (Hg./2009): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland. Berlin: Ch. Links.
- Lorenz, Astrid (Hg./2011): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden: Barbara Budrich.
- Maydell, Bernd von/Boecken, Winfried/Heine, Wolfgang/Neumann, Dirk/Pawelzig, Jürgen/Schmähl, Winfried/Wank, Rolf (1996): Die Umwandlung der Arbeits- und Sozialordnung. Opladen: Leske & Budrich
- Mühlberg, Dietrich (2005): Deutschland nach 1989: politisch geeint – kulturell getrennt? In: Kulturation. Online-Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik, 28. Jg. (2/2005; [http://www.kulturation.de/ki\\_1\\_text.php?id=29](http://www.kulturation.de/ki_1_text.php?id=29)).
- Pfaff, Steven (2006): Exit-Voice Dynamics and the Collapse of East Germany: The Crisis of Leninism and the Revolution of 1989. Durham/London: Duke University Press
- Pohl, Rüdiger (2000): Die unvollendete Transformation. Ostdeutsche Wirtschaft zehn Jahre nach Einführung der D-Mark. Wirtschaft im Wandel, Heft 10/2000. Halle: IWH.
- Rödter, Andreas (2009): Deutschland einig Vaterland: Die Geschichte der Wiedervereinigung. München: C.H. Beck.
- Roesler, Jörg (1999): Der Anschluss von Staaten in der modernen Geschichte: Eine Untersuchung aus aktuellem Anlass. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Röper, Erich (2005): Die minderen Brüder und Schwestern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/2005: 19-25.
- Roth, Kersten Sven/Wienen, Markus (Hg./2008): Diskursmauern. Aktuelle Aspekte der sprachlichen Verhältnisse zwischen Ost und West. Bremen: Hempen Verlag.
- Schäuble, Wolfgang (1991): Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. München: Droemer Knauer.
- Schroeder, Klaus (2006): Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung.
- Thomas, Michael (Hg./2011): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Hamburg et al.: LIT Verlag.
- Wollmann, Hellmut (2001): Die Transformation der politischen und administrativen Strukturen in Ostdeutschland - zwischen "schöpferischer Zerstörung", Umbau und Neubau. In: Bertram, H./Kollmorgen, R. (Hg.): Die Transformation der DDR. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen: Leske + Budrich: 33-52.

